

Erste Kritik an Polizeikonzept zum NATO-Gipfel

Die Opposition im Landtag hat scharfe Kritik an den für den NATO-Gipfel Anfang April vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen geübt. Der Polizeistaat rund um den Gipfel nehme "absurde Züge an", sagte der innenpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Uli Sckerl.

Es sei schwer nachvollziehbar, dass wegen eines kurzen Foto-Termins auf der Kehler Europabrücke (Ortenaukreis) für einige hundert Anwohner mindestens 20 Stunden lang eine Art Ausgangssperre verhängt werde. "Das nennt man gemeinhin Sippenhaft, so als ob sich unter den untadeligen Kehler Bürgern der gefürchtete Terrorist verbirgt", kritisierte Sckerl gestern. Das geplante Treffen am 3. und 4. April in Baden-Baden und dem Elsass habe mit den Menschen vor Ort nichts mehr zu tun.

Unnötiger "Hausarrest"

Auch der SPD-Abgeordnete Reinhold Gall hält die Vorschrift zum "Hausarrest" in Kehl für unverhältnismäßig. "Das ist unnötig, zumal ich davon ausgehe, dass diese Einwohner auch sicherheitstechnisch überprüft wurden", sagte der Polizeisprecher der Fraktion. Die US-Behörden hätten es geschafft, Präsident Barack Obama bei seiner Amtseinsetzung inmitten von einer Million Menschen zu schützen. "Dann muss das ja wohl auch unter 700 Einwohnern in Kehl möglich sein." Es sei zudem nicht akzeptabel, dass Bürgerrechte allein wegen eines Fototermins für die Gipfelteilnehmer eingeschränkt würden. Das Konzept müsse überarbeitet werden.

Keine "Sippenhaft" sondern Schutz

Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech (CDU) wies die Kritik der Opposition zurück. Es gehe beim NATO-Gipfel einzig und allein um den Schutz und die Sicherheit der Staatsgäste sowie der Bevölkerung. Es könne hier weder von "Sippenhaft" noch von einer "Inszenierung eines perfekten Polizeistaats" die Rede sein. Die Polizei sei eine Bürgerpolizei, die sich als Teil der Bevölkerung verstehe, sagte Rech.

Zonen geben Bewegungsfreiheit vor

In Kehl dürfen die Bewohner einer so genannten roten und orangenen Zone sich am Gipfelwochenende von Freitagabend bis etwa Samstagnachmittag nicht mehr frei bewegen. Sie müssen auf der Straße von Polizisten begleitet werden. Die Sicherheitszonen werden vom Bundeskriminalamt überwacht. Ein ähnliches Konzept ist auch für Baden-Baden geplant, wo zum Auftakt ein Bankett der NATO-Regierungschefs geplant ist. Details dazu werden aber erst in der kommenden Woche veröffentlicht.